

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 19 (1925)
Heft: 6

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gen-Zusammenkünfte und trachtet an den Orten, wo der religiös-sozialistische Gedanke propagiert werden kann, Abteilungen zu errichten; die Vereinigung Soz. Pfarrer sucht sich auf kirchlichem Gebiet zu betätigen; die Woodbrooker organisieren Kurse und geben Schriften heraus. So dient jede auf eigene Weise und jede aus eigener geistiger Sphäre derselben Idee.

Die meiner persönlichen Anschauung gemäss für die religiös-sozialistische Bewegung in Holland erste und bedeutendste Aufgabe — und mit dem Erfolg oder Nichterfolg in dieser Hinsicht steht oder fällt die ganze Sache — besteht darin, dass sie die Menschen der politischen und Gewerkschaftsbewegung zu vereinigen und mit den Menschen der religiösen Bewegung zu gemeinsamer Arbeit zu bringen weiss, damit ein Strom lebendiger Religion in der Arbeiterbewegung aus ihrem gemeinschaftlichen Werk entspringe. Sektarismus und Konventikel sind eine grosse Gefahr für die holländischen Verhältnisse; die Volksseele hat starke Neigungen zum Eigenen, Gemütlichen und Abgeschiedenen. Erreicht es der religiöse Sozialismus nicht, eine lebende Macht in der Arbeiterbewegung zu werden, bleibt er eine sektiererische Liebhaberei von einzelnen, vielleicht hochstehenden und ehrwürdigen Personen, so hat er sicher wohl einigen Wert — wie jede Sekte —, aber dann wird er nicht vollbringen, was im Grunde genommen seine Aufgabe ist: den Geist der Arbeiterklasse umzuändern und bereit zu machen für die Kulturarbeit des Sozialismus. Die Entwicklung der verschiedenen Gruppen in den folgenden Jahren wird ersehen lassen, ob der religiöse Sozialismus in Holland diese Aufgabe begreifen und erfüllen lernt.

W. B a n n i n g , Sneek (Holland).



Rundschau

1. Soziales.

Die Verwerfung der Initiative Rothenberger und was nun? Es hat mir sehr leid getan, dass wir nicht auch in den „Neuen Wegen“ den Kampf für die Initiative Rothenberger führen konnten.¹⁾ Und nun kommen wir auch für einen Kommentar über die Abstimmung zu spät. Einiges, was der Schreibende über diese zu sagen hätte, ist inzwischen von anderen ausgesprochen worden.²⁾ Doch sollen ein paar Bemerkungen zu diesem traurigen schweizerischen Ereignis nicht unterlassen werden.

Derjenige Zug an dem Bilde desselben, der auf mich weitaus den stärk-

¹⁾ Ein schon gesetzter Artikel musste weggelassen werden, weil er erst nach der Abstimmung hätte erscheinen können.

²⁾ Am meisten decken sich meine Gedanken und Gefühle mit dem Artikel von Gerber: „Salü, Volk“ im Aufbau (31. Mai).

sten Eindruck gemacht hat und für mich seine Bedeutung charakterisiert, ist der sittliche Zerfall unserer schweizerischen Demokratie. Dieser tritt in einer Reihe von Erscheinungen klar hervor. Da ist einmal die Tatsache, dass unser heutiges Schweizervolk sich als unfähig erweist, auf irgend einem Wege jenes Guten, das heute geschehen soll, ich sage nicht einmal voranzugehen, sondern auch nur mit andern Völkern Schritt zu halten. Nur für jegliche Verirrung und Entartung der Zivilisation ist der gleiche Schweizer, der immer bereit ist, zu rufen: „Mer wönd nüt albigs öppis Neus!“ sofort mit Leib und Seele bereit, aber zu einer wackeren, vielleicht gar mit ein wenig Wagnis verbundenen Tat fehlt ihm Seelenkraft und Glaube. Glauben hat er in seiner Mehrheit nur noch für die Götzen und zwar für die spezifischen „Götzen des Tages“, besonders die Gewalt und den Mammon. Damit ist das zweite Charakteristikum unserer Lage berührt: Wo man unser Volk mit der Angst um den Besitz schrecken kann, ist es zu allem Schlimmen und Dummen bereit; die Besessenheit durch den Besitzteufel ist unsere spezifische Schweizergefahr. Wir haben ganz besonders entschieden in dem Entweder Gott oder der Mammon für den Gegengott Partei ergriffen. Auch der Gewaltgötze bezieht bei uns seine Macht vor allem von dem Besitzgötzen. Das Zusammentreffen der neuen militärischen Rüstungen und der sichern Aussicht auf rasches und stetiges Wachsen der Ausgaben dafür mit der Ablehnung eines bescheidenen Bruchteils der für diesen Zweck bestimmten Summen, wo es sich um die Alten, die Hinterbliebenen, die Arbeitsunfähigen handelte, war für diese Sachlage sehr bezeichnend. Das stärkste Motiv für die Beibehaltung und Vermehrung unserer „Wehrmacht“ ist die Angst vor dem „inneren Feind“ und dieser Feind ist der Sozialismus. Es ist diese Angst vor der wirklichen oder scheinbaren Bedrohung des Besitzes durch den „Kommunismus“ (zu dem eben alles gerechnet wird, was irgendwie der Heiligkeit des rein egoistischen Privatbesitzes auch nur von ferne gefährlich scheint), womit man bei uns jedes schuldenbelastete Kleinbäuerlein und dazu Massen von armen Teufeln unter der Arbeiterschaft für den Schutz des grossen Geldsackes und gegen die offenkundigen Interessen des arbeitenden Volkes aufbieten kann. Der Geldsack weiss das und bedient sich dieser Waffe skrupellos. Diese Waffe wird zur demagogischen Lüge.

Damit komme ich zu derjenigen Tatsache, die nun schon bei allerlei Abstimmungen der letzten Zeit besonders auffallend hervorgetreten ist, bei früheren vielleicht sogar noch mehr, als das letzte Mal, die aber gerade durch diese Wiederholung ihren Sinn offenbart. Dieser Sinn ist die tiefe Verachtung des Volkes durch seine jetzigen Führer. „Salü, Volk, saudumms,“ wie jener Jurist, den Gerber zitiert, das Geheimnis ausspricht. Keine Lüge ist so grob und dumm, keine Gemeinheit ist so niedrig, dass man sie nicht ohne einen Augenblick zu zögern anwendete. Man ist ganz sicher, dass das Volk nur durch den Appell an das Gemeinste in ihm bewegt werden könne. Und zwar sind es nun die bürgerlichen, bäuerlichen und „christlichen“ Führer, die diese traurige Kunst am meisten handhaben und darin den sozialdemokratischen bei weitem überlegen sind. Wir wollen auf diese nicht zu bestreitende Tatsache die Allzuvielen hinweisen, die besonders in christlichen und theologischen Kreisen mit grossartiger Geberde sich auf die Kehrseite des Sozialismus berufen, um ihr Desinteressement am Kampf der Arbeiterschaft zu begründen, es aber unterlassen, die bürgerliche Welt mit ebenso strengem Masse zu messen und ihr die Wahrheit zu sagen. In der sozialdemokratischen Presse und Führerschaft ist doch in allen Fällen noch etwas von Achtung vor dem Volke und etwas Glauben an ein Heiliges übrig, für jene bürgerlichen, bäuerlichen und „christlichen“ Führer ist nur mehr der Geldsack heilig und das dumme Volk wird nur noch als „Stimmvieh“ in Rechnung gestellt. Man darf wohl sagen, dass in keiner Despotie das Volk von einer herrschenden Kaste innerlich so verachtet und als lächerlich empfunden wurde wie heute in unserer schweizerischen Republik und Demokratie.

Und dem Volke ist das gerade recht! Das ist das Traurigste an der Sache. Der gleiche Schweizer, der für Menschen, die ihm ihr Herzblut opfern, die ihn wirklich ehren und lieben und ihm gerade darum mit der Wahrheit dienen, voll Misstrauen, Hass und Wut ist, schaut mit Bewunderung und Ehrerbietung zu den Leuten auf, die ihn aufs Tiefste verachten. Es kommt einem ob solchen Erscheinungen das Wort in den Sinn, das einmal ein wirklicher schweizerischer Staatsmann vergangener Tage, und zwar beileibe kein Reaktionär, gesprochen hat: „Demokratie ohne Aufklärung [d. h. sittliche und geistige Bildung] ist eine Geissel.“ Unser Volk ist nicht „aufgeklärt“. Man sieht, dass all seine Schulbildung es sittlich und geistig nicht einen Schritt weitergebracht hat. Es ist nicht „aufgeklärt“, sondern in einem Nebel von Irrtum, Lüge, schlechtem Denken gehüllt, wie er besonders aus den Zeitungen aufsteigt und sich über das ganze Land legt.

Eine Tatsache muss besonders hervorgehoben werden: Die Initiative Rothenberger ist in erster Linie durch den Katholizismus gestürzt worden, der sich dafür seinem lieben Freunde, dem „Freisinn“, zur Verfügung stellte. Man bedenke: ausgerechnet der Katholizismus hat die stärkste Schutzmacht des grossen Besitzes geliefert und hat verhindert, dass Wittwen und Waisen, Alten und Arbeitsunfähigen eine brüderliche Hilfe wurde. Ich weiss nicht, was den schweizerischen Katholizismus zu dieser Stellungnahme bewogen hat, ob bloss die Unfähigkeit, einer Sache zuzustimmen, die in erster Linie von den Sozialisten vertreten wurde, ob die Verbindung gewisser Führer mit gewissen Bundesräten, ob irgend eine Hoffnung auf konfessionellen Lohn für solche Dienste, aber das weiss ich, dass nach der Erklärung Jesu Christi wie der Propheten und Apostel Gott eine Gemeinschaft darnach richtet, wie sie sich gegen die Schwachen und Geringen in ihrer Mitte, gegen die Wittwen und Waisen, Armen und Kranken verhält. Eine Kirche, die ihren Hochmut und die Spekulation auf Machtgewinn über diese höchste der Forderungen Gottes stellt, mag vielleicht zu dem Nuntius auch noch die Jesuiten bekommen, wird aber das Gericht Gottes, der das Schreien der Wittwen und Waisen hört, erfahren.

Einen Triumph schlimmer Mächte bedeutete der 24. Mai. Unser Volk hat sich wieder belügen und betrügen lassen. Es hat gegen sein sittliches und soziales Interesse sich dem Interesse des Geldsacks zur Verfügung gestellt. Es hat das System der Koalition Laur-Schulthess-Musy, die sein politisches Leben schon so lange demoralisiert, noch einmal bestätigt. Es hat zu der Diktatur Ja gesagt, die einen offenkundigen Verfassungsbruch nicht scheute, um eine Verfassungsänderung, die ihr nicht passte, fünf Jahre lang von der Volksabstimmung zurückzuhalten, bis die Umstände ihre Verwerfung wahrscheinlich machten, die mit einem Raffinement, das bis nahe an die direkte Fälschung streifte, den Termin der Abstimmung und ihre näheren Umstände so bestimmte und sogar den Text der Frage an das Volk so formulierte, dass das von ihr gewünschte Ergebnis herauskommen musste. Man lärmt in jedem Zeitungsartikel gegen die „Diktatur des Proletariates“, die zwar (törichterweise!) auch im Programm unserer sozialdemokratischen Partei steht, aber weder eine Wirklichkeit noch auch nur eine ernsthafte Gefahr bedeutet, übt aber im Schutz dieses Lärms eine sehr wirkliche Diktatur der grossen Herren; man trieft von Phrasen über die Heiligkeit von Staat und Gesetz, wenn es sich um einen Dienstverweigerer handelt, der im Namen Gottes erklärt, nicht töten zu können, pfeift aber selbst im Namen Mammons auf Recht und Verfassung.

Das ist die Lage, die durch diesen Kampf um die Initiative Rothenberger beleuchtet wird. Und was nun?

Das Erste und wichtigste, was sich daraus ergibt, ist die Notwendigkeit jener „Aufklärung“, ohne welche die Demokratie eine Geissel ist. Diese Aufklärung bedeutet in erster Linie den Kampf gegen die Götzen für den wirkli-

chen Gott. Sie bedeutet den Kampf gegen Lüge und Gemeinheit, deren Hauptträger Zeitung und Wirtshaus sind. Sie bedeutet den Kampf gegen die Demagogie. Sie bedeutet eine Erweckung der Seele unseres Volkes zu einer neuen Kraft des Guten und eine Erziehung, die ihm zu einem wirklichen Denken, zu einem sittlichen Urteil, zu einer selbständigen geistigen Haltung verhilft, es damit von Zeitung und Wirtshaus befreit und gegen die demagogische Lüge schützt. Sie bedeutet eine Erlösung von dem heutigen Parteiwesen. Sie bedeutet vor allem auch einen Sozialismus, welcher der bürgerlichen Demagogie keine Waffen liefert. Denn nie hätte es diese im letzten halben Jahrzehnt so leicht gehabt, wenn nicht der Bolschewismus aller Art, auch der Halbbolschewismus, den Sozialismus so namenlos diskreditiert hätte.

Wenn die Abstimmung vom 24. Mai in Verbindung mit verschiedenen andern dazu mithilft, dass diese Aufgabe vielen in ihrer ganzen Grösse und Dringlichkeit vor die Augen tritt, so brauchen wir nicht zu verzagen. Es haben immerhin 280,000 Schweizer jenem Apparat der Lüge und Gemeinheit widerstanden. Jene „Koalition“ derjenigen Volkskreise, die nicht an die Interessen des grossen Besitzes gebunden und dem Gedanken einer besseren sozialen Ordnung zugänglich sind, hat sich doch auch bei diesem Anlass von selbst zusammengefunden. Sie kann durch eine richtige Orientierung des Sozialismus vertieft und schliesslich zum Sieg über die Koalition Laur-Schult Hess-Musy geführt werden.

Unter solchen Voraussetzungen braucht die Verwerfung der Initiative auch für den Versicherungsgedanken selbst nicht bloss ein Schaden zu sein. So übertrieben und heuchlerisch auch die Behauptung war, dass die Annahme der Initiative dem Föderalismus sozusagen den Todesstoss versetzen würde (wobei viele, die so redeten, bloss für diesen Anlass ihr föderalistisches Herz entdecken mussten, während andere zwar Föderalisten sind, aber seit langem sich des Föderalismus und Antietatismus bloss dann erinnern, wenn ihre sozialen Privilegien in Gefahr scheinen, sonst aber so zentralistisch und etatistisch als möglich sind), muss man doch zugestehen, dass die Sozialversicherung leicht auf den Weg des bürokratischen Zentralismus geraten könnte. Da möchte ich nun wieder einmal meine Ueberzeugung aussprechen, dass dieses Werk am besten föderalistisch und damit meine ich: auf dem Boden der engeren Gemeinschaftsbeziehungen errichtet werde, so dass die Menschen unmittelbar und persönlicher daran beteiligt sein können. Darum sind Gemeinden und Kantone wohl am besten die Hauptorgane der Sozialversicherung. Zu dem Prinzip des Föderalismus gehört aber auch das der Freiheit. Die Versicherung sollte darum vor allem auch eine Funktion der Gewerkschaft und der Genossenschaft sein. Dadurch ist eine Aktion der grösseren Volksgemeinschaft nicht ausgeschlossen. Es muss auch dieser eine Bekundung der Solidarität zugemutet werden, vorausgesetzt dass sie überhaupt Trägerin einer sittlichen Wahrheit sein soll. In der Schweiz würde diese Solidarität auch den Sinn haben, dass die schwächeren Glieder der Eidgenossenschaft durch die wirtschaftliche Kraft der stärkeren unterstützt würden. Aber die Organe müssten, meine ich, doch jene kleineren Einheiten sein.

Es scheint mir auch, wir sollten in der Art und Weise, wie wir die staatlichen Mittel für diese Zwecke aufbringen, einen menschlichen, persönlichen Stil finden. Die Steuer für die Kranken, die Alten, die Invaliden und so fort, sollte nicht ein Teil der allgemeinen sein, die nun einmal mit einem Odium belastet ist — und zwar nicht nur für Mammonisten, denn Steuern sind vielfach sehr ungerecht und werden schlecht verwendet — sondern sie müssten gesondert eingezogen werden, so dass jeder wüsste: „Das gibst du jetzt den Kranken, Alten, Invaliden, es ist jedenfalls eine gute Sache, eine notwendige Sache!“ Man sollte vielleicht auch auf andere Weise jeden Bürger mit dieser Sache innerlich und organisatorisch verbinden. Damit würde sie wirklich zur Funk-

tion eines sittlichen Organismus und zum Organ einer tiefen brüderlichen Gemeinschaft, zu einer Quelle der Freude und zu einer Erziehung für ein höheres soziales Denken und Empfinden.

Ich möchte solche, die für die Verwirklichung dieser Dinge Berufung haben, recht auf diese Gesichtspunkte hinweisen. Man mag sie für utopisch halten, aber alles, was neu ist, hat zunächst keinen Topos, d. h. keinen Ort auf der Erde und muss erst einen erobern. Man kann vieles, ja alles, wenn man daran glaubt und es ehrlich will. Was recht ist, drängt zur Verwirklichung, wie ein gesunder Keim zur Pflanze werden will. Vor allem betone ich noch einmal: so notwendig „Staatshilfe“ ist, so ist doch „Selbsthilfe“, im Sinne von freier, genossenschaftlicher Vereinigung, noch wertvoller und am wertvollsten die „Bruderhilfe“, d. h. das Erwachen eines Geistes, der von innen her den Besitzdämon überwindet, im Geiste des Wortes: „Niemand sagte von seinen Gütern, dass sie sein eigen seien.“

So weist uns die Verwerfung der Initiative Rothenberger, die aus falschem Geiste erfolgt ist, vielleicht doch auf bessere Wege als wir sonst gesehen hätten. Sie könnte, so verstanden, zu jenen Uebeln gehören, die „zum Besten dienen“. Also trotz allem und dennoch an die Arbeit.

Eine Kirche für die Sozialversicherung. Die evangelische Synode des Kantons St. Gallen hat auf Initiative von Herrn Pfarrer Etter in Rorschach zur Frage der Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, nach gewalteter Diskussion, in der dem Bundesrat und der Bundesversammlung deutliche Wahrheiten gesagt wurden, folgende Resolution gefasst:

„Die evangelische Synode des Kantons St. Gallen erachtet es als eine unabweisbare Pflicht, dass das Schweizervolk durch ein grosszügiges, vom Geiste gegenseitiger Verantwortung und Opferwilligkeit getragenes Werk der Sozialversicherung für seine alten und invaliden Leute und für seine Waisenkinder Sorge.

Sie verkennt die mannigfachen Schwierigkeiten nicht, die der Ein- und Durchführung dieses Werkes im Wege stehen, aber sie gibt der Ueberzeugung Ausdruck, dass dieses Werk der sozialen Fürsorge nun nicht mehr weiter zurückgestellt werden darf, und dass bei gutem Willen und Zusammenstehen aller Beteiligten (Bund, Kantone, Versicherte, Arbeitgeber usw.) auch die finanziellen Mittel bereit gestellt werden können.

Sie hat ferner die Ueberzeugung, dass ein solches Werk nicht allein durch die gesetzgebenden Behörden zustande kommt, sondern nur dann, wenn bei dem stimmberechtigten Schweizervolke der rechte opferfreudige Geist vorhanden ist.

Die Synode erteilt darum dem Kirchenrat den Auftrag, sobald er es für gut findet, durch einen Aufruf zuhanden der Oeffentlichkeit und durch ein eindeutiges, tapferes Bekenntnis zu den „Kleinen und Geringen dieser Welt“ an der richtigen Stimmung für dieses Werk mitzuarbeiten und sodann anlässlich der nötigen Volksabstimmung die stimmberechtigten Glaubensgenossen warm zur Unterstützung des Versicherungswerkes einzuladen.“

2. Militarismus und Antimilitarismus.

Unser Militarismus feiert Orgien — vor seinem Untergang! Orgien haben sie gefeiert diese letzten Wochen, die Herrschaften in Bern, Orgien des Militarismus.

1. Da war im Nationalrat eine Debatte über den Völkerbund. Der Aargauer sozialistische Nationalrat Schmid stellte bei diesem Anlass folgendes Postulat: „Der Bundesrat wird eingeladen, die Frage zu prüfen und den eidgenössischen Räten darüber Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen, ob nicht aus Bundesmitteln sämtliche öffentliche Bibliotheken unseres Landes

die wichtigsten Werke literarischer und wissenschaftlicher Art, die auf dem Gebiete der Kriegsbekämpfung und die Förderung des Friedensgedankens erschienen sind, gratis abgegeben werden sollten.“ Ich denke, die Annahme dieses Postulates verstünde sich von selbst, wenn nicht alles, was diese Herren vom Völkerbund sagen, Heuchelei ist. Es ist Heuchelei, denn der Antrag ist verworfen worden. Mehr als bezeichnend für das, was diese Herrschaften sich unter dem Völkerbund vorstellen, ist der Umstand, dass man an Stelle von pazifistischer Literatur „Völkerbundsliteratur“ setzte und schliesslich auch diesen Antrag ablehnte. Für diese Leute ist der Völkerbund nicht etwa ein Ausdruck des Pazifismus, sondern eine idealistisch bemalte Schutzmauer für den Militarismus, wobei die berühmte „Londoner Erklärung“, die man in der Not aus der Versenkung gezogen hat und nun militaristisch missdeutet, unschätzbare Dienste leistet. Die Ablehnung des Antrages Schmid ist aber ganz besonders kennzeichnend für die von mir schon früher gebrandmarkte Heuchelei der Rede von der „moralischen Abrüstung“ im Munde dieser Herren. Wenn man die militärische Abrüstung verlangt, dann erklären sie: „Nein, zuerst muss die moralische Abrüstung kommen;“ verlangt man aber die moralische — und ihr sollte ja der Antrag Schmid dienen — dann heisst es: „Nein, sie könnte unsere militärische Vorbereitung schädigen.“

Ihr traurigen Memmen, hättet ihr doch den Mut, offen herauszusagen: „Wir wollen weder die militärische noch die moralische Abrüstung, wir sind viel zu feig dazu, wir haben viel zu viel Angst vor — den Sozialisten.“ Denn darauf läufts hinaus.

2. Im Ständerat gabs noch eine posthume Verhandlung über den Zivildienst unter den posthumen Herren, die dort sitzen, nicht merkend, wie gründlich tot sie sind. Niemand erwartete einen andern Verlauf dieser Verhandlung, als er nun vonstatten gegangen ist. Von der Rede des Thurgauers Huber soll noch besonders gesprochen werden. Ganz besonders bemüht war, dass nach Someo ausgerechnet zwei Tessiner sich veranlasst sahen, gegen den Zivildienst zu reden. Diesem Geist ist eben durch keinen Zivildienst beizukommen; es wäre arge Illusion, dies zu erwarten. Da bedarf es stärkerer Mittel. Ein Tessiner verstieg sich zu dem Witz, die Petition sei ins 22. Jahrhundert zu verweisen. Der Herr irrt sich in der Chronologie: die Petition gehört ins 20. Jahrhundert, der Ständerat aber ins 18. und zwar ziemlich weit zurück, vielleicht eher ins 17.! Daneben hielt der Kriegsminister eine seiner üblichen Reden, die er nun wohl auswendig kann und die durch einen ebenbürtigen „Geist“, den Graubündner Brügger, noch ergänzt wurde. Bemüht ist, dass auch ein Mann wie Scheurer, dem man sonst doch gern eine gewisse Ehrlichkeit zuschriebe, zu ganz unwahren Behauptungen über den schwedischen Zivildienst greift. Opposition machte der einzige Sozialist.

Am andern Tag bewilligte man mit dem gleichen Stimmenverhältnis 16.5 Millionen für die Anschaffung eines leichten Maschinengewehres — wahrscheinlich gegen die Fliegerbomben! — und überlegte, ob nicht auch die Militäruntauglichen irgendwie zum Dienst des Heeres herbeigezogen werden könnten.

3. Im Nationalrat kam es dann zu einer heftigen Diskussion über ein neues Militärstrafgesetz. Ungeachtet aller bisherigen Ablehnungen (dergleichen macht diesen Leuten keine Beschwerden mehr), versucht man nun doch, die Hauptbestimmung der Lex Häberlin dadurch zu retten, dass man sie im Militärstrafgesetz unterbringt. Art. 39bis des neuen Gesetzes soll lauten: „Wer eine Vereinigung gründet, deren Tätigkeit darauf gerichtet ist, Dienstpflichtige zum Ungehorsam gegen militärische Befehle, zur Dienstverletzung, zur Dienstverweigerung oder zum Ausreissen zu bewegen oder zu verleiten, wer einer solchen Vereinigung beitrifft oder sich an ihren Bestrebungen beteiligt, wer zur Bildung solcher Vereinigungen auffordert oder deren Weisungen befolgt, wird mit Gefängnis bestraft.“ Das ist so ziemlich genau das, was

die Lex Häberlin wollte. Wie diese, richtet der neue Versuch die Spitze ganz offenkundig gegen den „religiösen Antimilitarismus“. Das sagt man natürlich so wenig wie bei der Lex Häberlin ehrlich heraus, sondern lässt wieder die bolschewistische Vogelscheuche auftauchen und erklärt, es gelte den Kommunisten. In Wirklichkeit wissen diese Leute, die im übrigen freilich unwissend genug sind, genau, dass niemand den Antimilitarismus wütender bekämpft als die Kommunisten, dass diese das Heer nicht „sabotieren“ sondern mit Begeisterung ins Heer gehen, um zur Herbeiführung des Sozialismus die edle Kunst des Menschenmordens zu lernen. Auch sind sie froh genug um die paar Kommunisten, die wir noch haben. Sie leben ja ordentlich von ihnen. Was könnten unsere Reaktionäre ausrichten ohne Kommunisten! Ein Beispiel dafür ist jener kommunistische Nationalrat gegen den Willen seiner Wähler, Hitz, der den Bürgerlichen so wacker zur Annahme des Paragraphen gegen den Antimilitarismus mithalf. Gäbe es keine Kommunisten, so müssten sie solche erfinden. Sie tun es auch. Denn wider besseres Wissen stellen sie zu Zwecken der Agitation die Sozialdemokratie so dar, als ob diese sozusagen nur eine verkappte Vorhut der Kommunisten wäre, während sie ja als Leute, die immerhin Zeitungen lesen, genau darüber orientiert sind, dass der Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten grösser ist als der zwischen Sozialisten und Bürgerlichen.

Nein, auch dieses Gesetz gilt uns „religiösen Antimilitaristen“. Damit meine ich natürlich nicht, dass jener Paragraph uns richtig charakterisiere. Natürlich darf er das nicht, wenn er seinen Zweck erfüllen soll. Auch bereitet uns diese neue Lex Häberlin keinen Kummer. Ihr Schicksal wird dem der alten gleich sein. Und wenn sie auch in der Abstimmung angenommen würde, so wäre sie bloss eine „Reklame“ für uns. Wir fürchten uns vor keinem Zuchthaus und Zuchthausgesetz. Wundern muss man sich bloss über die Torheit und Verblendung dieser Menschen, die meinen, mit solchen Mitteln gegen uns etwas ausrichten zu können.

Alles in allem: es gibt sicher kein Parlament der Welt, das von einem so dickschädeligen und verbissenen Geist der Ablehnung alles Friedensglaubens und Friedenswillens erfüllt wäre, wie dieses Obersten- und Advokatenparlament des Völkerbundslandes mit seinem kommandierenden Bundesrat. Man könnte über diese Gesellschaft lachen, wenn man nicht die Gerichtswolken sähe, die sich über unserem Lande zusammenziehen.

4. Zwei Persönlichkeiten müssen diesmal als Typen hervorgehoben werden, nämlich Ständerat Huber und Bundesrat Motta. Wohlgemerkt: es ist von ihnen hier nicht als Privatleuten die Rede, sondern als Vertretern eines bestimmten Prinzips.

Da ist also Ständerat Huber, der Vorkämpfer gegen den Zivildienst im Ständerat. Dieser Ständerat Huber ist der Besitzer und Spiritus Rector der „Thurgauer Zeitung“, und diese eines der beschränktesten und in ihrer Kampfesweise vulgärsten Organe der schweizerischen Reaktion. Besonders hat es sich seit langem aus der Bekämpfung des „religiösen Sozialismus“ und seiner Träger eine Spezialität gemacht. Nun hat sie in Gestalt ihres Chefs dafür auch eine Tribüne im Bundeshaus gefunden und kann „auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege“ dem Geschäft noch etwas mehr Schwung verleihen. Die ganze Rede des Herrn Huber, die man in seinem Organ in extenso lesen kann (Nr. 136 und 137), ist denn auch voll von Entstellungen der Wahrheit, die man als bewusste betrachten muss. Entstellend bis zur Fälschung ist schon die Art, wie er seine Gegner zitiert. So führt er von mir aus den „Neuen Wegen“ (Juli/August 1922) folgende Stelle an: „Es kommt nicht bloss darauf an, den Zivildienst durchzusetzen, sondern das ganze Militärproblem wieder aufzurollen. Der Zivildienst ist der gegebene Ausgangspunkt dafür. Es gilt in das ganze Prinzip des Militärdienstes eine entscheidende Bresche zu schlagen.“ Nun vergleiche man damit die wirkliche Stelle. Die zwei ersten

Sätze sind richtig angeführt. Dann aber folgt im Originaltext die Stelle: „Er soll nicht bloss den Dienstverweigerern das Gefängnis ersparen, sondern vor allem die bloss negative Tat der Dienstverweigerung durch die positive einer neuen Form des Dienstes an der Volksgemeinschaft ersetzen — jener Form, die nach unserer Hoffnung überhaupt an die Stelle des Militärdienstes treten wird. Damit ist in das ganze Prinzip des Militärdienstes an der entscheidenden Stelle eine Bresche geschlagen.“ Nun beachte man, was die Weglassung jenes mittleren Satzes bedeutet: nämlich eine Wegfälschung des Sinnes, den für mich der Zivildienst hat und seine Verdrehung in ein tückisches Manöver. Dass Herr Huber in dieser Kunst des Zitierens am Oberauditor der schweizerischen Armee, Dr. Trüssel, ein Vorbild hat, macht sie nicht besser. Die gleiche Unehrllichkeit tritt in dem Bestreben Herrn Hubers hervor, zu tun, als ob ich den eigentlichen Zweck des Zivildienstes maskieren wollte. Er verwickelt sich dabei wie immer, wenn man solche Kunststücke verübt, in Widersprüche. Er tut, als ob ich in der Begründung der Petition deren „staatsfeindliche“ Tendenz verschweige und zitiert dann doch eine Stelle, worin diese nach seiner Deutung offen ausgesprochen wird; er tut als ob ich mit Raffinement durch den Zivildienst die Armee untergraben wolle und führt doch Aussprüche an, worin ich vor aller Welt erkläre, dass mein letztes Ziel die völlige Abrüstung sei. Dazu verschweigt er, dass ein ganzer Hauptabschnitt der Begründung der Petition unserer Stellung zum Staate gewidmet ist, die er offenbar einfach als unehrlich erklärt.

Was für ein Recht ein solcher Künstler hat, andern Unehrllichkeit vorzuwerfen, mag man schon darnach beurteilen. Nichts scheint mir so traurig bezeichnend zu sein, als die Art, wie die politische und journalistische Gegnerschaft immer wieder darauf aus ist, unser Wollen als unehrlich hinzustellen. Angesichts dieser Tatsache habe ich mir öfters gesagt: „Wie unehrlich müssen diese Menschen sein, dass sie überall Unehrllichkeit wittern.“ Denn es sucht keiner den Andern hinter dem Ofen, wenn er nicht selbst dort gesessen. Jeder halbwegs anständige Mensch kann wissen, dass ich mein antimilitaristisches Denken jederzeit mit völliger Offenheit ausgesprochen habe, genau so wie es war und nicht anders, freilich nicht so, wie meine Gegner es gern gehabt hätten, sondern so, wie es das meinige war. Mir ist der Zivildienst die Verkörperung eines neuen Prinzips, eben des Dienens an Stelle des Tötens, und damit die prinzipielle Aufhebung des Militärdienstes. Dass ich diesen aufheben will, ist selbstverständlich. Wer das nicht will, will weder Völkerbund noch Abrüstung, noch überhaupt Ueberwindung des Krieges. Ich sage denn auch an jener Stelle (Juli/August 1922) „dass unser Ziel die völlige Abrüstung“ und die Beseitigung *alles* Militärdienstes ist, das verhehlen wir jetzt so wenig, als wir es je verhehlt haben. Denn wir sind der naiven Meinung, der Kampf gegen den Massenmord sei keine Schlechtigkeit . . .“ Wenn Herr Huber ehrlich wäre, so könnte er das eine, grosse, lautere Motiv dieses meines Verhaltens: den Kampf gegen den Krieg, mit Leichtigkeit verstehen. Er brauchte ja nur den im gleichen Hefte der „Neuen Wege“ enthaltenen Aufsatz: „Der nächste Kried“, zu lesen, um einzusehen, dass man nicht unbedingt ein böartiger Mensch sein muss, wenn man die darin angezeigte Katastrophe mit äusserster Entschlossenheit verhüten will. Statt dessen erneuert er die Trüsselsche Perfidie, zwar den „religiösen Antimilitaristen“ die Referenz zu erweisen, mich aber nicht zu diesen zu rechnen, sondern zu den Uehrlichen, die durch den Zivildienst bloss die Armee untergraben wollen, um damit dem „Umsturz“ den Weg zu bahnen. Als politischer Chef einer Tageszeitung wird Herr Huber auch andere Zeitungen lesen als die seinige und dazu vielleicht auch etwa einmal politische Schriften. Dann weiss er, welchen Kampf für eine nicht militaristische Lösung auch des sozialen Problems ich schon lange führe und wie ich darob in den Reihen der Sozialdemokratie selbst — um vom Kommunismus zu schweigen — angefeindet bin. Er weiss, dass ich gerade gegen die These

kämpfe, dass man wider sein Gewissen in die Armee gehen soll, um sie von innen her zu untergraben. Das weiss er und dann redet er mit Wissen Unwahrheit, oder er hat sich nie um mein wirkliches Reden und Schreiben bekümmert und dann redet er wieder Unwahrheit. Ich nehme aber an, er w i s s e, wer ich wirklich bin, bekämpfe mich aber gerade darum seit langem mit solchen Waffen, weil er wisse, dass ich für das, was er will, gefährlich bin, gerade wenn ich nicht so bin, wie er mich darstellt. Er steht damit nicht allein!

Nicht weniger eine traurige Entstellung ist das, was Herr Huber vom Zivildienst in Les Ormonds und Someo behauptet. Er verdreht eine Aeusserung von Ceresole, dass man für das gute Wetter habe dankbar sein müssen, weil sonst das Werk unmöglich gewesen wäre, zu den Worten: „dass die ganze Gesellschaft ihm hätte auseinanderlaufen müssen, wenn es zufällig hätte regnen müssen.“ Auch ein Buchhändler und Journalist kann wissen, dass man Erdarbeiten nicht tun kann, wenn es regnet. Eben so hoch steht der Einwand, dass „ein Teil der Leute [es waren in Wirklichkeit 15 von 310] wegen ungeschickten Betragens fortgeschickt werden mussten.“ Als ob das ein Vorwurf wäre, wenn man in Someo keine unsoliden Elemente dulden wollte!¹⁾ Mit solchen traurigen Mitteln verteidigt man nur eine schlechte Sache.

Das ist Ständerat Huber, Chef der „Thurgauer Zeitung“, in seiner Pracht. Er musste einmal als das, was er ist, hingestellt werden, nicht als Privatmann, aber als Typus des „freisinnigen“ schweizerischen Politikertums und Journalismus unserer Tage.

Was im übrigen Herr Huber über die richtige Auslegung von Bibelstellen ausführt, zeigt, dass er seinen Bolliger gut studiert hat. Etwas armseliges als das, was er von der notwendigen Unterordnung des individuellen Gewissens unter das „kollektive“ sagt, kann man sich im Munde eines Mannes, der noch dazu einen gewissen Ruf der „Bildung“ besitzt, nicht denken. Dass einem solchen Liebhaber unserer Armee das Londoner Abkommen ein rettender Port ist, versteht sich von selbst. Nur soll er nicht, wie diese Herren gerne tun, von Rabbulistik reden, wenn Andere gewisse Dokumente nicht mit ihren reaktionären und militaristischen Augen ansehen. Doch will ich mich damit und mit anderm in seiner Rede nicht weiter einlassen. Dagegen muss ich bei diesem Anlass noch eine Bemerkung zu dem Vorwurf machen, den Herr Huber wieder aufwärmt, dass wir nämlich so eine Art weltfremde Idealisten seien, denen gegenüber er sich als Realist gibt. Auf was beruht eigentlich der Anspruch dieser Herren, dass sie die Welt von Grund aus kennen, wir aber eine Art harmloser Waisenknaben wären, die man freilich im Handumdrehen wieder zu abgefeimten Schläulingen macht? Bedeutet der Umstand, dass sie eine Buchhandlung oder ein Advokaturbureau geleitet und dabei vielleicht ganz gute Geschäfte gemacht, schon eine grossartige Weltkenntnis? Sind die Herren Scheurer und Huber, um nur diese zwei zu nennen, etwa weit in der Welt herumgekommen oder haben sie in allen Lebenskreisen und Gesellschaftsschichten verkehrt — und das alles mehr als wir Andern? Offenbar nicht, sondern unsere Weltfremdheit und umgekehrt ihre Weltkenntnis besteht nach ihrer Meinung offenbar darin, dass wir einen Glauben an Gott und die Menschen haben, während sie von der Schlechtigkeit der Welt (sie selbst und einige ihrer Parteifreunde ausgenommen) überzeugt sind. Kann man im übrigen eine ärgere wirkliche Weltfremdheit verraten, als wenn Scheurer in der Debatte über die Anschaffung des leichten Maschinengewehres erklärt: „Man hat auf die Gefahren des Gaskrieges hingewiesen. Mit dem guten Willen der Regierungen und dem Druck der öffentlichen Meinung ist es aber

¹⁾ Wobei noch zu bemerken wäre, dass in Someo nicht nur Zivildienstleute, sondern auch ein grosser Prozentsatz von Arbeitslosen waren.

möglich, den Gaskrieg zu unterdrücken.¹⁾ Auf alle Fälle würden wir uns vor den schlimmsten Folgen eines Gasangriffes zu schützen wissen; das gleiche gilt für den Luftkampf.“ (N. Z. Ztg. Nr. 966.) Kann man sich etwas Utopistischeres und zugleich Hilfloseres denken? Und dafür geben wir 100 Millionen jährlich aus! Ja, dieser Giftgaskrieg, wenn man doch den verbieten oder verschweigen könnte, um den Krieg oder doch die Armee behalten zu können!

Schwerer als von Herrn Huber fällt es mir von Herrn Motta zu reden. Denn dieser hat einige Verdienste. Auch kann man ihm nicht solche Künste vorwerfen, wie Herrn Huber. Aber gerade das, was Herr Motta für den Völkerbund und als dessen Vorkämpfer getan hat, macht ihn nun zu einer so bedenklichen Erscheinung. Er hat nicht den Mut gehabt, im Nationalrat für den Antrag Schmid einzutreten. Leichter geht es, in Genf zu deklamieren: „L'amore qui muove il sole e l'altre stelle.“ Schlimmer noch ist eine Rede, die er vor kurzem der Studentenschaft und Lehrerschaft der Eidgenössischen technischen Hochschule gehalten. Er redete — etwas reichlich Selbstlob spendend — von den Schiedsgerichtsverträgen, die die Schweiz in der letzten Zeit abgeschlossen. Das ist an sich ein grosses Verdienst und das Beste, was unser Bundesrat seit langem überhaupt getan hat. Diese Verträge haben aber selbstverständlich ihren Wert nur in dem Zwecke, die kriegerische Bedrohung zu bannen und an Stelle des Systems der Gewalt das System des Rechtes zu setzen. Abrüstung ist ihre logische und ethische Konsequenz. Und nun erklärt Herr Motta laut dem Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung“ (Nr. 901): „Es wäre grundfalsch, anzunehmen, das Bestehen der Schiedsverträge ergäbe einen Grund zur Vernachlässigung der militärischen Institutionen.“ Was soll man nun da noch sagen? Man schliesst Schiedsgerichtsverträge nach allen Seiten hin und rühmt sich dessen, erklärt dann aber: „Verlass ist auf sie selbstverständlich keiner; es ist nur Larifari, Verlass ist bloss auf Kanonen!“ Eine ärgere Selbstverhöhnung kann man sich nicht denken. Also das alles tut man nur um des pazifistischen Scheines willen, damit man desto ruhiger weiter rüsten könne! Und was für eine Verachtung der Vertragspartner liegt darin! Ein solcher Vertrag ist entweder ein Akt des Vertrauens oder eine schwere Heuchelei. Er bedeutet, dass man dem Nachbar guten Willen zutraut und muss daher zur Abrüstung führen; rüstet man weiter, so heisst das: „Ich traue dir nicht über die Gasse!“ So fällt also auch dies Werk des Herrn Motta und des Bundesrates in Nichts zusammen. Es ist mit tiefer Unwahrheit behaftet. Wenn dann Herr Motta hinzufügt, dass die Schweiz sich damit (wieder einmal) an die Spitze der Völker gestellt habe, so muss man nach all diesen Dingen sagen: Es ist wohl der Schwanz gemeint, denn dieser ist manchmal auch spitzig!

So steht es mit unsern herrschenden Politikern. Gottlob ist das Volk noch nicht so. Es ist bloss betrogen. Wie lange wird es sich noch betrügen lassen? Wie lange? Wird es erst nach einer Katastrophe, die leicht das Ende sein könnte, erwachen?

Nachtrag. Nachdem dies, unter dem Eindruck all der unerträglichen Dinge, die sich in Bern ereignet, geschrieben war, las ich den Bericht von der Diskussion über die Einführung des leichten Maschinengewehres im Nationalrat. Da spürt man nun doch einen gewissen Umschlag. Sogar (!) ein Katholik erklärt, dass der Ruf nach Abrüstung in weiten Volkskreisen erhoben werde, nicht nur in der Arbeiterschaft. Und bei der Abstimmung fehlen 62 Mitglieder! Es kracht im Bau; Geduld, er wird schliesslich, nach langem Warten, rascher stürzen als wir denken!

¹⁾ Warum denn nicht gerade den Krieg selbst? Das ginge auf alle Fälle noch leichter, als die Unterdrückung seiner wirksamsten Waffe, die ja längst „verboten“ ist.

Schwedens Abrüstung. Die schwedische Abrüstung ist nun Tatsache. Sie bedeutet, dass Schweden einen Drittel seiner militärischen Ausgaben und Organisationen beseitigt und zwar ohne dass vorher der Kapitalismus abgeschafft wäre,¹⁾ infolge einer Allianz der Sozialdemokratie mit der bürgerlichen Linken. Diese verwirklichte schwedische Abrüstung liegt, wie die geplante dänische, norwegische, holländische und der in diesen Ländern eingeführte Zivildienst unseren Militaristen schwer auf dem Magen. Sie widerspricht eben gar zu sehr der These all unserer Militärphilister, dass die kleinen Völker nicht vorangehen dürften. Man versucht darum, sie zu verkleinern und zu entstellen. Ein Hauptargument ist dabei, dass wir halt „ganz besondere Verhältnisse“ hätten. Das haben wir ja schon, nämlich ganz besonders faule und feige Menschen. Im übrigen antwortet J. B. Rusch vortrefflich auf dieses Argument: „Schweden und Dänemark haben energische Abstriche an ihrem Militärbudget gemacht. Wir seien nicht Dänemark, hat Herr Ständerat Huber von Frauenfeld gemeint, und erinnerte sich wohl an das Sprichwort vom Faulen im Staate Dänemark. Aber diesmal ist man dort frisch und das Faule anderswo. Ja, es ist wahr, wir sind nicht Dänemark und sind nicht Schweden. Wir haben Deutschland keine Provinz weggenommen und dessen Revanchelust nicht provoziert wie Dänemark. Wir haben nicht eine fast ganz Europa lange offene Küste wie Schweden und sind nicht der Nachbar von Soviet-Russland. In der Tat, wir sind nicht Schweden und nicht Dänemark, wir haben eine garantierte Neutralität. Aber jene rüsten ab und wir rüsten zu. Jene haben ein moralisches Vertrauen, wir haben Freude an Kanöchen, Uniformen, Säbullen, Trommeln und Füsü.“

Wer etwas von jenen Ländern weiss — was man freilich weder Huber noch Scheurer zutrauen darf, so etwas leisten sich halt nur „weltfremde Idealisten“ — der weiss auch, was für eine Tat sowohl die vollbrachte Teilabrüstung Schwedens als die geplante Totalabrüstung Dänemarks ist. Schweden hat eine militärische Tradition, die, weltgeschichtlich betrachtet, noch viel grossartiger ist als die unsrige und näher an die Gegenwart reicht — man denke bloss an Gustav Adolf! Seine Museen, durch die ich „weltfremder Idealist“ gewandert bin, sind angefüllt von Bildern militärischer Taten. Dazu kommt die Nähe Soviet-Russlands, von dem unsere Helden, tausende von Kilometern davon entfernt, Tag und Nacht Angst haben, nebst dem Problem Finnlands und der Aalandsinseln. Auch sind die Schweden eher ein konservatives Volk. Ein Drittel der „besonderen Verhältnisse“ Schwedens würde genügen, um in der Schweiz jedem Antimilitaristen den Mund zu stopfen. Und die „besonderen Verhältnisse“ Dänemarks! Wer nach dem Kriege in Dänemark gewesen ist, der weiss, wie dort die Stimmung von der Erregung zittert die durch die Zurückgewinnung der südlichen Landesteile erzeugt ist. Dazu liegt Dänemark an einem Punkte, der für einen Kampf zwischen Soviet-Russland und Deutschland auf der einen und den Westmächten mit den Randstaaten auf der andern Seite sehr wichtig ist. Wieder sage ich: wenn bei uns auch nur die Hälfte dieser „besonderen Verhältnisse“ vorläge, so dürfte kein Antimilitarist mucksen. Und erst Holland, das auf der Linie zwischen Frankreich und England auf der einen und Deutschland auf der andern Seite liegt, dieses Holland, das gewaltige und sehr gefährdete Kolonien besitzt und doch unlängst eine Vermehrung der Flotte abgelehnt hat!

Die „besonderen Verhältnisse“ bestehen darin, dass in jenen Völkern ein Geist der Tapferkeit lebt, der sich auf den Weg in eine neue Welt hinein wagt, ein Wikingergeist, der auf Erforschung und Eroberung von sittlichem Neuland ausgeht, während wir ein Volk von feigen Philistern geworden sind,

¹⁾ Dies vorläufig zur Antwort auf eine „marxistische“ Polemik der „Berliner Tagwacht“ gegen einen Aufsatz von Dr. Frank in Rorschach. Wir werden darauf zurückkommen.

die nur noch Geld verdienen und Feste feiern können; sie bestehen darin, dass jene Völker auch mehr wirkliche Vaterlandsliebe haben als wir und darum einsehen, dass es gerade die mutige Tat der Abrüstung ist, welche die kleinen Völker rettet und diese bei der Fortdauer des Gewaltsystems verloren sind, während uns die Angst für unseren, wie man wähnt, durch den „inneren Feind“ bedrohten Geldbeutel nicht so weit denken lässt.

Ehre, hohe Ehre diesen Ersten auf der neuen Bahn, diesen Wikingern des Geistes! Sie gehen auf dem Wege des neuen Heldentums voraus! Sie werden dadurch gross. Ehre den Schweden! Wir Schweizer hätten als „Völkerbundsland“, wie als Land Calvins, Zwinglis und Pestalozzis eigentlich diese Ehre erobern sollen, aber wir waren zu klein, zu feig, zu sehr mit Geldverdienen und Festefeiern beschäftigt.

Die überall Gleichen. Aus Schweden wird berichtet, dass eine Abordnung der Studentenschaft von Lund sich zum König begeben habe, um ihn aufzufordern, von seiner Gottesgnaden-Vollmacht Gebrauch zu machen, wie dies schon öfters schwedische Könige zum Heil des Volkes getan, und die Abrüstung zu verhindern. Der König, der Freund Brantings, wird sich wohl hüten, den Rat dieser kriegerischen Jünglinge zu befolgen.

Schade übrigens, dass nicht auch gerade eine studentische Delegation aus der Schweiz dabei war, etwa unter der Führung eines Vertreters der Theologie!

Werden die Kirchen erwachen? Ein Zeichen, dass die Welt doch nach und nach in Bewegung gerät, ist das Erwachen der Kirchen. Davon heute nur einige Beispiele, denen weitere folgen werden.

1. Jurassische Pfarrer veranstalten einen Friedenssonntag und erlassen folgenden Aufruf, den wir gekürzt wiedergeben:

Beunruhigende Gerüchte über die Möglichkeit eines nahen Krieges gehen herum. Eine Kriegsdrohung liegt in der Luft, die manche mit schmerzlicher Schärfe empfinden. Es gibt einen teuflischen Geist, der zum Kriege aufreizt. Mehr noch: ein Wahnsinn scheint über die Welt zu gehen und den verlogenen Spruch: Si vis pacem para bellum, wieder zu Ehren zu bringen. Der Kriegsgeist ist noch nicht tot und wenn keine andersartige Kraft ihm entgegentritt wird er immer anmassender werden und die noch vom Blut der letzten Metzeleien triefende Menschheit vollends in den Abgrund reissen. Diese entgegengesetzte Kraft sollte die Kirche sein. Sie muss erwachen und den Geist Christi anrufen, dass er den Krieg töte. Ein besonderer Tag sollte von den Kirchen für diesen geistigen Kampf angesetzt werden.¹⁾

Stimme der Kirche, erhebe dich über den Kampf der Leidenschaften, als prophetische Stimme, als Stimme der Liebe und des guten Willens gegen alle Menschen; verkündige die Botschaft der Brüderlichkeit: Krieg dem Kriege; moralische Abrüstung;²⁾ kein Hass mehr; keine Umtriebe mehr; keine Rache mehr; denn die Rache ruft der Rache und schafft den circulus vitiosus, aus dem man nie herauskommt.

Geist Christi, zerstöre das Misstrauen, den heiligen Egoismus, die Herrschsucht, die die Völker verzehren, und schaffe Vertrauen, Liebe und Opfersinn zum Dienste aneinander.

Ein heiliger Kreuzzug muss sich organisieren, um den Geist des Krieges zu töten

2. Auch die Basler Synode hat sich nun mit dem Abrüstungsproblem befassen müssen. Es geschah das infolge einer Petition eines Laien (Oskar Türke). Unserem Freunde Lichtenhan fiel die Aufgabe zu, den Standpunkt des radikalen „religiösen Antimilitarismus“ zu vertreten. Es lagen

¹⁾ Im Berner Jura wurde dafür der 24. Mai gewählt.

²⁾ Und die militärische?

zwei Resolutionen vor, die durch Pfarrer Eya verbesserte der Petitionskommission und die radikalere von Liechtenhan. Die Synode zog aber vor, nicht selbst Stellung zu nehmen, sondern die Sache der schweizerischen Delegation an die Stockholmer Konferenz zu übergeben. So gross die Schwäche ist, die sich darin zeigt, so ist doch bedeutsam, dass in der Diskussion sich keine Kriegstheologie mehr hervorwagte.

3. Die Thesen der schweizerischen Sektion des „Freundschaftsbundes der Kirchen“ für die Stockholmer Konferenz dieses Sommers lauten in der vorläufigen Form:

I.

Der Schweiz. Evang. Kirchenbund erkennt mit schmerzlichem Bedauern, dass die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage die Möglichkeit neuer Kriege, deren Folgen entsetzlich und in direktem Gegensatz zum Geist Jesu Christi wären, nicht ausschliesst, und schliesst sich darum von ganzer Seele allen Bestrebungen an, die darauf hinzielen, auf Erden den Frieden zwischen den Völkern herzustellen.

II.

Im Namen der schweizerischen Kirchen, welche sich auf das christliche Evangelium stützen, verurteilt er jede Politik der Gewalt, jeden Gedanken an Rache, jeden wirtschaftlichen Egoismus, mit einem Worte alles, was Konflikte jeder Art begünstigen und eine dem materiellen und sittlichen Wohl der Menschheit verderbliche Gesinnung unterhalten könnte.

III.

Im Bewusstsein der Verantwortlichkeit und des Einflusses der Kirchen als geistiger Macht möchte er auf dem Gebiete des praktischen Christentums einen geistigen Feldzug einleiten gegen alle bösen Mächte des Hasses und der Zerstörung, einen Angriff, geführt allein mit den Waffen des Gebetes, der geistigen Beeinflussung und des Gehorsams gegenüber dem christlichen Ideal.

IV.

Die Kirche, die über dem Kampfe der Leidenschaften stehen soll, will, im Namen ihres Hauptes, dass nah und fern die evangelische Stimme der Liebe und des Wohlwollens gegenüber allen Menschen, die Botschaft der allgemeinen Brüderlichkeit gehört werde.

V.

Als Kirche Jesu Christi vereinigt sie ihre Stimme und ihre Anstrengungen mit denen des Weltbundes für Freundschaftsarbeit durch die Kirchen; sie bekräftigt ihr Vertrauen in die ausdauernde Arbeit des Völkerbundes und ihren Willen, diese Arbeit durch ihre Gebete und ihre Mitarbeit zu unterstützen.

VI.

Im Sinne des Genfer Protokolls, dieses edelsten Versuches des Völkerbundes, verlangt auch die Kirche die Erledigung aller Konflikte durch das Mittel der Schiedsgerichte und den Schutz des internationalen Rechtes und der Sicherheit der Völker durch den Völkerbund.

VII.

Die Kirche protestiert gegen alle Verbrechen gegen die Menschheit und im besonderen dagegen, dass das armenische Volk in ungerechter Weise der Politik der Interessen und dem Egoismus der Grossmächte geopfert worden ist.

VIII.

Ueberzeugt, dass die Hoffnung der Welt auf dem Völkerbunde und dem engen Zusammenschluss der Nationen beruht, lädt der Schweizerische Evangelische Kirchenbund alle Kirchen ein, sich in einer grossen Kundgebung der Brüderlichkeit, der Eintracht und der Liebe zu vereinigen.

IX.

Zur Verbreitung dieser Kundgebung der christlichen Kirchen auf nationalem Boden schlägt der Kirchenbund folgende Mittel vor:

1. Der Kirchenbund empfiehlt in einem Kreisschreiben den kantonalen Kirchen, sie möchten ihre Pfarrer veranlassen, die Frage des Friedens in einer besonderen Predigt zu behandeln, wofür ein besonderer Sonntag bestimmt werden könnte

2. Um eine Lücke in unseren Kirchenbüchern auszufüllen, stellt er allen schweizerischen Kirchen ein besonderes Gebet zu Gunsten des Friedens, in beiden Sprachen abgefasst, zu.

3. Die „Christlichen Stimmen“, wie überhaupt die religiöse und auch die politische Presse sollten für die Verbreitung dieser Botschaft an die Kirchen benützt werden.

4. Die schweizerischen Kirchen werden eingeladen, die Bestrebungen des Völkerbundes und des Weltbundes für Freundschaftsarbeit durch die Kirchen zu unterstützen.

X.

Der Vorstand des Kirchenbundes schlägt vor, seine Abordnung für Stockholm zu beauftragen, die Erklärungen I—VIII der Weltkonferenz für praktisches Christentum zu unterbreiten.

* * *

Zu dieser ganzen Friedensbewegung der Kirchen seien folgende Bemerkungen gemacht:

Wir anerkennen, trotzdem wir nicht von den Kirchen in erster Linie den Fortschritt des Reiches Gottes erwarten, dennoch alles, was sie für die Förderung guter und wichtiger Dinge tun. Die Stockholmer Konferenz erscheint auch uns als bedeutsames Zeichen einer Wendung in der christlichen Welt. Wir wissen, dass in dieser Sache edle Kräfte am Werke sind und teilen nicht die Ansicht derer, die darin von vornherein ein Unternehmen des Antichrist erblicken.

Aber wenn das Werk gelingen soll, so muss nach unserer Meinung dreierlei beachtet werden.

Zum Ersten: Wenn die Kirchen sich in der Friedenssache ans Werk machen, dürfen sie nicht tun, als ob sie die ersten auf dem Plan seien, sondern haben mit einem Schuldbekennnis zu beginnen. Sonst ist ihr Tun durch Heuchelei belastet.

Zum Zweiten: Es gehen, wie es scheint, an die Stockholmer Konferenz auch Leute, die in ihren Ländern bis jetzt besonders verbissene Feinde jedes bescheidensten Schrittes auf dem Wege des Friedenskampfes gewesen sind. Nomina sunt odiosa. Wir hoffen, dass wir mit ihnen nicht das Gleiche wie mit gewissen Völkerbundsleuten erleben und dass sie nicht in Stockholm Pazifisten, aber zu Hause Militaristen seien.

Zum Dritten: Jene Vorschläge sind sehr schön, aber so allgemein, dass auch die Generalstäbe einverstanden sein können. So steht z. B. kein Wort von der Pflicht rascher Abrüstung darin. Es ist die Gefahr Stockholms, dass dorthin viele Leute kommen werden, die zu stark mit den Trägern der bestehenden Ordnung verbunden sind, als dass sie zu radikalen und konkreten Vorschlägen den Mut fänden. Nur solche aber zählen, an schönen Allgemeinheiten fehlt es der Welt nicht. Stockholm hat eine grosse Verheissung, es droht ihm aber auch ein schweres Fiasco. Es hat heiligen Geist nötig, der aber dann nicht bloss in Stockholm bleiben darf und bleiben wird.

Kirche und Militär. Wenn die katholische Kirche auch in unserem Land und dessen mehrheitlich protestantischen Hauptstädten die Fronleichnamsprozession möglichst eindrucksvoll gestaltet, um durch Prunk und Glanz die Gegner zu überwältigen und überwinden, so handelt sie damit ihrem Geschmack und ihren Vorschriften gemäss, beweist uns Ketzern aber zu gleicher Zeit, dass sie sich vom Geiste Jesu himmelweit entfernt hat. Selbstverständ-

lich werden wir in dieser Ueberzeugung nur bestärkt, wenn sie glaubt, zur Erhöhung des niederschmetternden Eindruckes, in majorem gloriam ecclesiae, den Aufmarsch von Militär verwenden zu müssen, wie es am 11. Juni in unserer Bundeshauptstadt geschah. Um dieses „christliche“ Gebahren gründlich zu charakterisieren, genügte es, im Stil der Radierungen eines Albert Welti einen Fries zu zeichnen mit dem Kreuzigungszug nach Golgatha: voran römische Soldaten mit dem Hauptmann und einigen Häuptern der jüdischen Kirche, dann den das Kreuz tragenden Jesus und hintendrein die Menge des Volkes. Darunter käme ein zweiter Fries mit der Fronleichnamsprozession: voran eidgenössische Dragoner, dann christliche und weltliche Würdenträger, in ihrer Mitte der Baldachin mit der hl. Monstranz und zuletzt die Menge der Gläubigen.

Doch das Demonstrieren auf der Strasse ist nun einmal ein beliebtes Propagandamittel in heutiger Zeit. Meinetwegen! Doch wie kommt der religiös neutrale Staat dazu, sein Militär zu den Demonstrationszwecken einer kirchlichen Organisation herzugeben? Wie wäre es, wenn es einmal den Arbeitern einfiele, an ihrem Maiumzug Militär verwenden zu wollen? Man könnte ja die Gesinnungsgenossen herauslesen, so gut, wie es hoffentlich am 11. Juni der Fall gewesen ist. Wenn einzelne Bundesräte persönlich an einer Prozession sich beteiligen, so ist das selbstverständlich ihre Privatsache; dass aber Militär aufgeboten wurde, ist eine offizielle Angelegenheit, die alle angeht und die einer herausfordernden Beleidigung aller Andersgesinnten gleich kommt. Die Freundschaft des Bundesrates mit dem Nuntius muss schon sehr weit gediehen sein, dass er sich zu einer solchen Illoyalität hinreissen liess. Am 24. Mai wurde mit Hilfe der Klerikalen die Initiative Rothenberger zu Fall gebracht, und am 11. Juni dürfen dieselben, gleichsam als Belohnung dafür, mit eidgenössischem Militär paradieren. Für einen solchen Bundesrat ist es nur konsequent, wenn der Tochter Tolstois der Aufenthalt in der Schweiz verweigert wird. Wie soll man aber zu einem solchen Regiment Zutrauen haben und von Freiheit und Gerechtigkeit reden angesichts einer solchen ostentativen, allen Fortschritt knebelnden Reaktion!? L. St.

Das Aufflammen des grösseren Weltbrandes. Die Ereignisse in China und Marokko bestätigen das, was im letzten Heft und auch sonst schon oft in den „Neuen Wegen“ von der kommenden Erhebung Asiens und Afrikas mit ihrer grossen Verheissung und furchtbaren Gefahr ausgeführt worden ist. Wenn es in Europa und Amerika noch etwas wie Staatsmänner gäbe, so wäre ihr Weg klar vorgezeichnet. Man kann die engstirnige Verblendung der führenden Politiker der grossen Länder nur dann einigermaßen verstehen, wenn man an die ähnliche Verblendung unserer eigenen Politiker im Angesicht kleinerer Probleme denkt. Gibt es denn wirklich kein Erwachen und Augenöffnen vor dem ungeheuren Abgrund?

3. Kurse und Konferenzen.

Unsere Mütterwoche im Bendeli vom 17.—23. Mai liegt wie ein Lichtblick hinter uns. Ein wohlthuender, harmonischer Geist verband uns Teilnehmerinnen von Anfang an. Nach getaner Morgenarbeit erzählte uns Frau Ragaz in schlichter Weise aus dem Leben von Frau E. Macdonald und daran schlossen sich Besprechungen über uns bewegende Fragen wie: Erziehung, Gottesbegriff, Sozialismus, usw., und wenn nachher noch kleine Gruppen auf einsamen Waldwegen sich zusammenfanden, war der Gedankenaustausch nicht weniger intensiv und fruchtbar.

Am Nachmittag fanden wir uns lesend oder arbeitend in der Nähe des Hauses, das mit seinem lieblichen Blick zum Speer hinüber und ins Tal